

Sozialistische Offensive

Endstation Kapitalismus?

Ein Programm für unsere Zukunft!

Von David Kurz und Lukas Arnold Anderl, SO Wien

Multiple Krisen

Seit Jahren leben wir in multiplen Krisen, Klimawandel, Pandemie, Krieg, Energiekrise,... Viele haben das Gefühl dass es so nicht mehr weitergeht, sehen dass die Ursache im Kapitalismus liegt und suchen nach Ideen wie es anders gehen könnte. Bei vielen Jugendlichen gibt es ein Gefühl der Ratlosigkeit und Verzweiflung, weil offensichtlich wird, dass nichts getan wird um den Klimawandel zu stoppen. Der Ukrainekrieg sorgt für Verunsicherung über die Zukunft.

Inflation betrifft Jugendliche

Nun kommt eine hohe Inflation, befeuert u.a. durch die Auswirkungen des Ukraine Krieges, dazu. Besonders betroffen von den steigenden Preisen sind junge Menschen, die in einer Phase des Aufbaus eines selbständigen Lebens mit niedrigen Löhnen auskommen müssen, Lehrlinge, Studierende und junge Beschäftigte. Jugendliche, die kein eigenes Einkommen haben sind indirekt durch die Teuerung der Lebensmittel, Wohnungen etc. betroffen. Währenddessen haben z.B. Vorstandsvorsitzende von

börsennotierten Unternehmen bereits nach 5 Tagen des gesamte durchschnittliche Jahreseinkommen ihrer Beschäftigten bezogen. Laut Umfragen haben zwei Drittel der Menschen das Vertrauen in Regierung und Institutionen verloren. Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm (ÖVP) bezeichnet die Jugendarbeitslosenquote (14 – 24-Jährige, Eurostat) von 10,6 % (2022) als ein „internationales Erfolgsmodell“.

Mit dem Kapitalismus brechen

Der Kapitalismus kann die Probleme die er schafft nicht lösen - er kann Probleme höchstens verschieben. Was es braucht, ist ein grundlegender Bruch mit dem kapitalistischen Profitsystem, das von einer handvoll Reicher geführt wird. Nicht nur die Politik muss unter die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden, sondern auch die Wirtschaft. Denn der Kapitalismus ist aufgrund seiner Ausrichtung auf Profite nicht in der Lage die Krisen nachhaltig zu lösen.

Welche Zukunft wollen wir?

Wenn das Wort „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ fällt, denken viele an die stalinistischen Regime. Das ist mit ein Grund warum viele zögern, da sie

keine Diktatur wollen. In den Ostblockstaaten existierte zwar eine geplante Wirtschaft, aber ohne Demokratie. Aufgrund bestimmter Umstände nach der russischen Revolution (Isolation und damit verbundene Mangelzustände) konnte sich eine stalinistische Bürokratie festigen, die auf autoritäre Maßnahmen zurückgriff um sich an der Macht zu halten. Es handelte sich um eine bürokratisch geplante Wirtschaft, die schließlich aufgrund dieser Beschränkungen zu stagnieren begann. Diese hat auch wenig Rücksicht auf Fragen wie den Klimawandel genommen.

Sozialismus mit Demokratie

Eine echte demokratische sozialistische Gesellschaft und eine echte demokratisch geplante Wirtschaft braucht aber Demokratie wie Luft zum Atmen. Wenn die Bedürfnisse der Menschen und des Planeten im Mittelpunkt stehen statt Profite könnten auch sehr effektiv Maßnahmen gegen den Klimawandel gesetzt werden. Entscheidend ist, dass die Bevölkerung entscheiden kann, was und wie produziert wird. Dazu müssen die Schlüsselbetriebe und der Energiesektor in öffentliches Eigentum gebracht werden, aber entscheidend ist die demokratische Kontrolle und Verwaltung durch

die arbeitende Bevölkerung. Funktionär/innen müssten jederzeit wähl- und abwählbar sind. Um diese Vertreter/innen an die Interessen der Arbeitenden zu binden, verdienen diese nicht mehr als ein*e Facharbeiter*in. Man könnte in einer sozialistischen Gesellschaft auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung umsetzen.

Wie kommen wir dorthin?

Wir müssen beginnen, eine Bewegung aufzubauen, die fähig ist, mit dem Kapitalismus zu brechen. Keine der Parteien vertritt die Interessen der Jugendlichen und der arbeitenden Bevölkerung. Wir müssen eine Partei aufbauen in der sich Jugendliche und Arbeitnehmer/innen organisieren können, die die verschiedenen Bewegungen vereint und die wirklich für unsere Interessen und eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpft. In den Gewerkschaften müssen wir dafür eintreten, dass diese in demokratische und kämpferische Körperschaften umgewandelt werden. Mit einer sozialistischen Gesellschaft ist ein Leben ohne Existenzängste möglich, die Menschen könnten tatsächlich nach ihren Wünschen und Fähigkeiten entscheiden was sie mit ihrem Leben anfangen wollen.

Gemeinsam sind wir stärker!

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied des „Committee for a Workers' International“. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter/innen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Mehr Info: www.sozialistischeoffensive.home.blog und www.socialistworld.net
Kontakt: sozialistischeoffensive@gmail.com



Lehrlinge haben Grund zu kämpfen!

Von Lukas Arnold Anderl, SO Wien

Leben wird immer teurer

Die Gewerkschaften hatten in den letzten Lohnrunden quer über alle Branchen das Ziel ausgegeben die Lehrlingsentschädigungen deutlich zu erhöhen. Das ist nur zum Teil gelungen. Die Teuerung betrifft natürlich auch die Lehrlinge massiv. Immer mehr Lehrlinge sehen ihre Zukunft gefährdet. Immer noch sind Lehrlingsentschädigungen viel zu niedrig. Das bedeutet dass Jugendliche sich bald kein selbständiges Leben mehr leisten können. Es wird immer teurer mit Freunden am Wochenende etwas zu unternehmen. Immer mehr Lokale und Freizeiteinrichtungen müssen schließen. Auch die in die Höhe schnellenden Mietpreise treffen Lehrlinge besonders, da sie sich nicht leisten können, bei den Eltern auszuziehen. Manche müssen mit der Lehrlingsentschädigung zuhause bei den Eltern Miete und Beitrag zum Essen zahlen, weil das Familieneinkommen sonst nicht zum Überleben reicht. Für die kommenden Lohnrunden muss daher ein konsequenter Kampf für höhere Lehrlingsentschädigungen geführt werden!

Unrealistische Ansprüche

Der „Fachkräftemangel“ täuscht darüber hinweg dass es immer noch nicht so leicht ist Lehrstellen zu finden. Die Ansprüche der Unternehmen sind zum Teil unrealistisch hoch. Diese sind immer darauf aus mit dem geringstmöglichen Aufwand den höchstmöglichen Gewinn zu erzielen. Die auszubildenden Betriebe hätten am liebsten jemanden der schon alles kann und Erfahrung hat - selbst wenn es darum geht einen Lehrling auszubilden.

Garantie, übernommen zu werden?

Gleichzeitig wird es immer unsicherer, dass Lehrlinge nach dem Abschluss ihrer Lehre von dem ausbildenden Betrieb überhaupt übernommen werden. Für die Unternehmen wird ebenfalls alles teurer und die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass als erstes beim Personal eingespart wird. Dadurch wird der schlechten wirtschaftlichen Situation auch noch schlechter werden die Arbeitsbedingungen hinzugefügt.

Streben nach Profit: Ausbeutung!

Aufgrund des Strebens nach Profit werden sich die auszubildenden Betriebe sich mit allen Mitteln gegen eine wirkungsvolle Lohnerhöhung wehren. Darum ist es unerlässlich den Unternehmen die Entscheidung, ob sie einen Lehrling auch übernehmen, zu entziehen. Die Lehrlinge brauchen, besonders jetzt, eine Garantie übernommen zu werden. Das muss die Gewerkschaftsbewegung sicherstellen. Gleichzeitig dürfen sie nicht als Lohndrücker/innen und billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Und genau darum braucht es höhere Löhne.

Ausbildung raus aus Unternehmenshand

Generell sollte die Ausbildung raus aus den Händen der Unternehmen, da Lehrlinge oft deren Willkür ausgesetzt sind. Überbetrieblichen Lehrwerkstätten wären dabei zwar prinzipiell ein besserer Ansatz, allerdings ist dort die Bezahlung noch schlechter und die Qualität der Ausbildung wurde in den letzten Jah-

ren sehr vernachlässigt, sie sind oft nicht praxisnah. Das ist dann wiederum von Nachteil bei der Jobsuche. Es braucht bessere Ausstattung, bessere Ausbildung der Auszubildenden etc. und demokratische Kontrolle durch die Auszubildenden und Auszubildenden, damit diese bestimmen können unter welchen Bedingungen die Ausbildung stattfindet.

Wir kämpfen für unsere Zukunft!

Wenn es zu Streiks kommt ist es daher wichtig, dass auch die Lehrlinge an diesen teilnehmen und sich für die Sicherung ihrer Zukunft einsetzen. Dabei könnten all diese Dinge thematisiert werden und eigene Forderungen formuliert werden. Auch Lehrlinge können eine Rolle darin spielen, in den Gewerkschaften Druck zu machen, damit diese demokratischer und kämpferischer werden. Dafür sind die aktuellen Lohnrunden und eventuelle Kämpfe ein Ansatzpunkt - angesichts der Krise vor der wir uns befinden mehr als notwendig.

Sozialistische Offensive

Unis: Probleme bestehen weiter - gemeinsam kämpfen!

Besetzungen und Demonstrationen 2022

Im Herbst 2022 waren mehrere Unis besetzt unter dem Motto „erdebrennt“. Gleichzeitig gab es mehrere Demonstrationen für mehr Budget von Studierenden sowie vom Mittelbau, der Betriebsversammlungen abhielt. Die Bewegung forderte zu Recht mehr Budget für die Unis, thematisiert aber auch die gesamtgesellschaftliche Krise und deren Ursache, das kapitalistische System. Über Weihnachten 2022 hatte es auf der Uni Wien einen taktischen Rückzug bei der Besetzung gegeben, um einer Räumung zuvor zu kommen. Aber auch wenn die Bewegung eine Pause eingelegt hat: Die Gründe warum protestiert wurde bestehen nach wie vor.

Gemeinsamer Kampf

Eine Errungenschaft der Bewegung 2022 war, dass es einen Schulerschluss zwischen erdebrennt und dem Mittelbau gab. Der Kampf des Mittelbaus war nämlich auch ein Bindeglied zu den gewerkschaftlichen Protesten im Zuge der Lohnrunden. Die Regierung hat versucht die Bewegung an den Unis zu isolieren. Ob eine Bewegung an den Unis erfolgreich ist, steht und fällt damit, ob es gelingt, diese Isolierung abzuwehren. Daher ist es gut, dass die Bewegung an den Unis auf Massenproteste gesetzt hat - und nicht auf individuelle Aktionen wie z.B. die „Letzte Generation“, die die Regierung gegen die Bewegung benutzen konnte, indem sie alle Klimaproteste in einen Topf warf. Die „Letzte Generation“ versucht Reaktionen zu provozieren, anstatt eine Massenbewegung aufzubauen - auch wenn die Aktivist/innen großes Commitment in der Sache aufweisen. Eine gemeinsame Bewegung muss gleichzeitig die Versuche der Regierung, die Aktivist/innen der letzten Generation zu kriminalisieren, abwehren, da Angriffe wie diese auch generell gegen die Linke (und in späterer Folge auch gegen

Streiks) gerichtet werden können. Gleichzeitig sind die Aktionen der „Letzten Generation“ - auch wenn die Verzweiflung der Jugendlichen verständlich ist - kontraproduktiv, weil sie die Bewegung von der breiteren Bevölkerung abschneiden. Stattdessen ist es nötig eine gemeinsame Bewegung für höhere Löhne, mehr Budget (an den Unis, im Finanzausgleich der Gemeinden) und gegen Einsparungen aufzubauen, denn die Inflation betrifft fast alle Bevölkerungsschichten. Der Kapitalismus kann die Probleme die er schafft nicht mehr lösen - er verschiebt sie höchstens und schafft dadurch immer weitere neue Probleme. Klimakrise, Krieg, Energiekrise, Teuerung, Krise der öffentlichen Haushalte.

Mehr Budget - wie finanzieren?

Die Studierenden und das Uni-Personal forderten 2022 zu Recht mehr Budget für die Unis. Der Kampf dafür geht auch im Herbst 2023 weiter - und er ist Teil von einem gesamtgesellschaftlichen Kampf zur Verteidigung der Lebensstandards, zur Verteidigung von Einkommen, Reallöhnen, Jobs, aber auch von öffentlichen Dienstleistungen. Durch die steigenden Löhne kommt auch mehr Geld in die Staatskassen, aber durch die steigenden Zinsen und Kosten sind auch die öffentlichen Haushalte unter Druck. Wo soll also das Geld herkommen? Zum ersten könnten wir uns das Geld dort holen, wo es liegt: Bei denen die es haben. Das Vermögen der 15 reichsten Familien beträgt 136 Milliarden Euro, jenes der reichsten zehn 100 Milliarden Euro. Für eine dauerhafte Lösung müssten die wichtigsten Schlüsselbetriebe in öffentliches Eigentum übernommen werden, und zwar nicht nur die krisenbeutelten, sondern auch die profitablen Betriebe. Durch dieses Geld kann nicht nur eine Verteidigung der Lebensstandards finanziert werden, sondern auch z.B. der Energiesektor demokratisch geplant werden.

Bildung ist keine Ware!

Die vor Jahren beschlossene Uni-Autonomie war eine Vorbereitung auf Privatisierung des Bildungsbereich - und brachte mit sich die Idee, dass Universitäten ausgeglichen bilanzieren müssten. Studiengebühren, die erst eingeführt und dann teilweise wieder abgeschafft wurden, sowie Druck auf Studierende möglichst schnell und „effizient“ (=billig) zu studieren, um dem Arbeitsmarkt rasch zur Verfügung zu stehen waren Teil davon. Bildung wird im Kapitalismus zur Ware und das kapitalistische Bildungssystem hat die Aufgabe Arbeitskräfte zu produzieren. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre Bildung von Grund auf anders organisiert, nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach Profiten. Lehrpläne würden gemeinsam von Auszubildenden und Lehrkräften sowie nach Kriterien die gemeinsam von der arbeitenden Bevölkerung demokratisch bestimmt würden. Es gäbe keine strikte Trennung zwischen Uni, Schule und Lehre mehr, vielmehr wäre Bildung praxisnah und lebendig.

Wie weiter?

Die Unis werden auch im kommenden Jahr mehr Budget benötigen. Wenn es erneut zu Protesten kommt, sollten die Studierenden und Lehrenden demokratisch gewählte Komitees an den Unis bilden, die die Proteste organisieren. Es braucht Versammlungen um weitere Maßnahmen zu diskutieren. Die Gewerkschaften müssten einen Streik des Uni-Personals organisieren, der sich mit anderen Sektoren in den Lohnrunden kurzschließen könnte. Studierende haben dann Gewicht in der Gesellschaft wenn sie sich mit den Arbeitnehmer/innen zusammenschließen - wie das z.B. 1968 in Frankreich geschehen ist. Dann hat die herrschende Klasse es viel schwerer, die einen gegen die anderen auszuspielen.

Schule: Lernen für den Kapitalismus

Allen Grund auf die Straße zu gehen

Im Jänner 2022 hatten zwei Schulstreiks stattgefunden - vor allem weil bei der Matura keine Rücksicht genommen werden sollte auf die Belastung der Schüler/innen durch die Pandemie. Aber auch dieses Jahr hätten Schüler/innen allen Grund auf die Straße zu gehen. Krise folgt auf Krise - erst die Pandemie und die ungebrochene Klimakrise, dann der Ukrainekrieg, die Energiekrise und Inflation. Immer mehr Jugendliche haben Angst um ihre Zukunft und hinterfragen das kapitalistische System an sich.

Leistungsdruck ohne Ende

Jeder der in der Pandemie Schüler/in war spürt in der einen oder anderen Form Nachwirkungen der Pandemie, auch wenn das durch die aktuellen Krisen weit weg wirkt. Es sind für viele zwei verlorene Jahre. Viele Schüler/innen haben Mental Health Issues und Lerndefizite. Dennoch wird von ihnen erwartet, dass sie Leistung abliefern.

Nur Spitze des Eisbergs

Bereits in den 10er-Jahren hatte es immer wieder Proteste gegen das starre standardisierte System der Zentralmatura gegeben, die im Namen der Vergleichbarkeit auf dem Markt keine Rücksicht auf individuelle Schwächen zulässt. Schulen an Standorten mit sozialen Problemen sind dabei benachteiligt.

Lernen für den Kapitalismus?

Das eigentliche Problem ist eine Schule, die völlig auf das kapitalistische Profitsystem ausgerichtet ist - sie lebt von Stress, Konkurrenz und Leistungsdruck und produziert im Grunde Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt. Von den Kindergärten bis zur Matura herrscht Mangelwirtschaft und Leistungsdruck, es ist schwierig Plätze zu bekommen, sowohl in Krippe und Kindergarten als auch dann in der begehrten Lieblingsschule. Der Kampf darum artet in Konkurrenz und Leistungsdruck schon bei den kleinsten aus. Mit dem Lehrer/innenmangel wird sich diese Situation verschärfen.

Gesamtschule, die den Namen auch verdient - und genug finanzielle Ressourcen!

In den Volksschulen gibt es zum Teil immer wieder Versuche von Reformpädagogik. Aber damit ist spätestens beim Übergang in die weiterführende Schule Schluss. Die Trennung in Mittelschule und Gymnasien bedeutet Lernstress schon in der Volksschule (trotz Reformpädagogik) und 2-Klassenbildung - stattdessen sollte es eine Gesamtschule geben, die diesen Namen auch verdient, mit einer Anhebung des Budgets, sodass eine gemeinsame Schule bessere Bildung für alle bietet. Denn in den letzten Jahrzehnten wurde bei der Bildung immer wieder der Sparstift angesetzt. Die Universitäten sollten frei zugänglich sein für alle - ohne Zugangsbeschränkungen oder Studiengebühren und ohne Matura als Voraussetzung.

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Lernen ohne Leistungsdruck

Leistungsdruck ist ein gesamtgesellschaftliches Problem - und hat damit zu tun, dass wir uns nach Ende der Ausbildung einen Job suchen müssen. In einer echten demokratischen sozialistischen Gesellschaft wäre Schule völlig anders zu denken - ohne Leistungsdruck, Konkurrenzstreben und Lernstress. Die Freunde am Lernen stünde dann tatsächlich im Vordergrund. Es gäbe keine 2-Klassenbildung und keine Karriereplanung von der Wiege weg.

Wie Bewegung an den Schulen aufbauen?

Die Bewegung an den Unis hat begonnen, Kontakte in den Bildungsbereich zu knüpfen, über die Lehrkräfte wie auch über Schüler/innen. Die Frage von Budget betrifft auch die Schulen. Eine Bewegung an den Schulen müsste das aufgreifen, aber auch Fragen von Leistungsdruck, die Zentralmatura, die Bedürfnisse der einzelnen Schüler/innen. Die Forderung nach mehr und besseren Ressourcen für die Schulen ist eine Schlüsselfrage - und die Lehrkräfte sind hier wichtige Bündnispartner/innen. Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften müssen so gestaltet sein, dass es ein attraktiver Job ist. Viele Schüler/innen beginnen, den Kapitalismus zu hinterfragen. Daher müsste - wie an den Unis - eine solche Bewegung thematisieren, dass es das kapitalistische System an sich ist, das zu Leistungsdruck und Bildungsabbau führt, anstatt die Talente der Schüler/innen zu entwickeln.